

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses/des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Sitzungstermin: Dienstag, 29.04.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Ulla Griepentrog

Hilde Scheidt

Bemerkung

anwesend

anwesend

Gremienmitglieder

Name

Tobias Grundmann

Bastian Reiners

Daniel Hecker

Monika Annette Wenzel

Sebastian Becker

Dirk Szagunn

Peter Tillmanns

Franca Braun

Klaus-Dieter Jacoby

Nathalie Koentges

Doris Kurschilgen

Johannes Rohé

Matthias Fischer

Gretel Opitz

Pola Heider

Lorenz Hellmann

Stefan Menzel

Karin Schmitt-Promny

Tobias Benedikt Tillmann

Amina Smajic

Polly Zoworka

Nadine van der Meulen

Bemerkung

anwesend

anwesend bis 18:40 Uhr

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Jörg Bogoczek

anwesend bis 19:10 Uhr, im ASW in Vertretung für
Stefan Auler

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Inge Fischer

anwesend

Vertretung für: Gisa Haring

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Name	Bemerkung
Lukas Krott	anwesend
Karl Simons	anwesend
Jonas Török	anwesend
Margret Vallot	anwesend
Nina Muckel	Vertretung für: Christina Nositschka
Roswitha Frenzel	anwesend
Hans-Jürgen Bengner	anwesend
Eva Maria Birkenbusch	anwesend
Luisa Hoffmann	anwesend
Horst Kreutz	anwesend
Philipp Nawrocki	Vertretung für: Benno Pauls
Gisa Haring	anwesend
Julia Rejf	anwesend
Heinrich Brötz	anwesend
Mara Mendes	anwesend
Ulrich Nellessen	Vertretung für: Thomas Weinen
Dr. Simone Köster	anwesend bis 18:55 Uhr

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Stefan Fagot	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Sarah Kuchenbecker	anwesend
Melanie Olbertz	anwesend

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Markus Mohr	entschuldigt
Jörg Bogoczek	entschuldigt
Stefan Auler	entschuldigt
Inge Fischer	entschuldigt
Gisa Haring	entschuldigt
Beate Jonas-Frank	entschuldigt
Sabine Mensger-Jacobs	entschuldigt
Axel Schneider	entschuldigt
Christina Nositschka	entschuldigt
Benno Pauls	entschuldigt
Kriminalhauptkommissar Peter Arz	entschuldigt
Suzanne Brantin	entschuldigt
Carsten Brehm	entschuldigt
Astrid Brokmann	entschuldigt

Name	Bemerkung
David Janecek	entschuldigt
Dr. Robert Neugröschel	entschuldigt
Bernd Schwarze	entschuldigt
Thomas Weinen	entschuldigt

Gäste:

Frau Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Jugendpartizipation Die Unterlagen wurden nachgereicht. Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 01/0668/WP18
3	Ratsantrag: Schulsozialarbeit weiterentwickeln Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 45 n/0018/WP18
4	Sachstandsbericht zum Ratsantrag „Übungsleiterpauschalen für Sportvereine, die in Schulen Sportangebote anbieten (Pilot 2023/24)“	FB 45 n/0015/WP18
5	Konzeptverfahren zur Entwicklung der städt. Grundstücke Haaren Ortsmitte	FB 23/0334/WP18
6	Projekt "Urbanes Wohnen mit Kindern"- Ergebnisbericht:	FB 56/0598/WP18
7	Sachstand Maßnahmen Spielplatz Forster Weg, ISEK Beverau	FB 36/0566/WP18
8	Sachstand: Maßnahmen Spiel-/Bolzplatz Schagenstraße und Entscheidung Skateanlage	FB 36/0573/WP18
9	Sachstandsbericht zur geplanten Neubaumaßnahme Franzstr. – Neubau von 2 unterirdischen Einfeldsporthallen mit einer mind. 5-gruppigen KiTa nach Rückbau des ehemaligen Schulgebäudes Die Unterlagen wurden nachgereicht.	E 26/0237/WP18
10	Montessori-Gemeinschaftsgrundschule Mataréstraße: OGS-Erweiterungsbaumaßnahme sowie Mensa - Baubeschluss	FB 45 n/0017/WP18
11	GGs Am Höfling; Ersatz des Pavillons (Therapief Flächen, Büro Schulsozialarbeit und Mehrzweckraum) - Baubeschluss Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 45 n/0016/WP18
12	Antrag des Medien- und Kulturzentrums Philipp-Neri-Haus gemäß Pos. 40 Stadtjugendplan auf Förderung der Anschaffung eines neuen Studiorechners	FB 45 n/0020/WP18
13	Bericht über die Anmeldezahlen an den Aachener allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2025/2026 inkl. Antrag auf Mehrklassenbildung am Anne-Frank-Gymnasium und am Einhard-Gymnasium	FB 45 n/0022/WP18
14	Begrenzung der Zahl der in die Klasse 5 aufzunehmenden Schüler*innen gemäß § 46 Absatz 4 des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) für das Schuljahr 2025/2026	FB 45 n/0021/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
15	Bedarf an Ganztagsplätzen für Kinder an Grundschulen und Förderschulen Primar im Ganzttag für das Schuljahr 2025-2026 in der Stadt Aachen	FB 45 n/0019/WP18
16	Kita Klemensstraße 27 – Trägeranteilübernahme	FB 54/0001/WP18
17	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzenden Frau Scheidt und Frau Griepentrog eröffnen die Sitzung, begrüßen alle Anwesenden und stellen die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Bastian Reiners (Katholische Kirche) wird als neues beratendes Mitglied im Kinder- und Jugendausschuss verpflichtet. Frau Scheidt wünscht ihm für seine zukünftige Tätigkeit im Ausschuss alles Gute.

Herr Becker beantragt, den TOP Ö 4 „Sachstandsbericht zum Ratsantrag „Übungsleiterpauschalen für Sportvereine, die in Schulen Sportangebote anbieten (Pilot 2023/24)“ zunächst zurückzustellen und die Empfehlung des Sportausschusses abzuwarten. Hierüber herrscht Einvernehmen.

Die Kommission Barrierefreies Bauen hat zu den TOPs Ö 6, 7, 8 und 10 eine Stellungnahme verfasst (s. Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem), welche im Vorfeld zur Sitzung an die Ausschussmitglieder versandt wurde.

Zu 2 Jugendpartizipation zur Kenntnis genommen FB 01/0668/WP18

Frau Alberding (Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung – FB 01) und Frau Rummler (Fachbereich Jugend und Schule – FB 45) stellen die Konzeptentwicklung für den Bereich Jugendpartizipation und die geplanten Aktivitäten in 2025 anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Frau Scheidt dankt beiden für den Vortrag. Ihrer Ansicht nach sei es wichtig, dass die Thematik in die heutige gemeinsame Sitzung von KJA und ASW eingebracht worden sei, da beide Gremien junge Menschen als Zielgruppe ansprechen wollen würden. Es handle sich bei der vorgestellten Beteiligung um ein großes „Aufbruch-Projekt“, welches aber auch von einem guten Netzwerk leben würde. Daher appelliere sie an alle Anwesenden, ebenfalls als Multiplikator*innen tätig zu sein und auf die jungen Menschen zuzugehen.

Frau Vallot schließt sich dem Dank an und lobt das gute Konzept. Jugendpartizipation gelinge in Aachen bereits an vielen Stellen, beispielsweise bei der Gestaltung von Spielplätzen. Auch dort würden junge Menschen einbezogen und nach ihren Bedarfen befragt. Gleichzeitig sei ein Gelingens-Faktor, dass die Wünsche und Anregungen der jungen Menschen in einem für sie überschaubaren – d.h. kurzen Zeitraum – realisiert würden. Daher rege sie an, einzelne Projekte, die zügig umgesetzt werden könnten, besonders priorisiert zu behandeln.

Frau Scheidt weist darauf hin, dass junge Menschen andererseits auch die Erfahrung erleben sollten, sich in Geduld zu üben.

Herr Tillmann dankt ebenfalls für den ausführlichen Vortrag und die kommende Arbeit. Die Jugendpartizipation werde seit vielen Jahren auch im politischen Raum behandelt. In 2020 habe es einen umfangreichen Expert*innenworkshop hierzu gegeben. Daher freue es ihn, dass hieraus ein vielseitiges Maßnahmenpaket entwickelt worden sei. Die Angebote seien nicht nur auf ein bestimmtes Format ausgerichtet, um junge Menschen zu beteiligen, sondern es handle sich um eine breite Mischung. Er hoffe darauf, dass somit möglichst diverse Zielgruppen und insbesondere die Jugendlichen erreicht werden könnten, bei denen dies bislang nicht gelungen sei. Ebenso lobt er die Verbindung zur für 2026 angekündigten Änderung der Gemeindeordnung NRW. Abschließend

erkundigt er sich danach, wie konkret die Kooperation mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen sei.

Frau Alberding bestätigt, dass das Bildungsbüro ein wichtiger Partner sei – wie auch eine Vielzahl weiterer Akteure in der Aachener Bildungslandschaft. Es bestehe ein regelmäßiger Austausch, es habe bereits viele Vernetzungstreffen in der Koordinationsstelle gegeben, auch um sich über geplante Angebote und Veranstaltungen auszutauschen um keine Doppelstrukturen aufzubauen. In diesem Jahr setze das Bildungsbüro beispielsweise verstärkt auf Dialogveranstaltungen mit den zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten.

Herr Török begrüßt die Entwicklung sehr. Seit dem Expert*innenworkshop sei viel passiert. Im Workshop seien Konzepte und Anregungen aus anderen Kommunen vorgestellt worden, das sei weiterentwickelt worden. Es handele sich insgesamt um einen Prozess, es werde bestimmt auch Angebote geben, die nicht angenommen würden. Seiner Ansicht nach sei die zentrale Fragestellung, wie es gelingen könne, dass junge Menschen mehr an der Kommune und den politischen Entscheidungen partizipieren.

Herr Tillmanns fasst zusammen, dass wohl niemand der Anwesenden dem Konzept nicht zustimmen werde. Er lobt auch die enge Einbindung der offenen Jugendeinrichtungen und die Nutzung bereits bestehender Strukturen, um Doppelstrukturen zu vermeiden. In Bezug auf die bevorstehende Änderung der Gemeindeordnung habe die CDU-Fraktion auch bereits einen Ratsantrag in die Wege geleitet. Hinsichtlich der Verortung der Stellen innerhalb der Verwaltung merkt er kritisch an, dass diese seiner Ansicht nach sinnvollerweise in einem Fachbereich angesiedelt worden wären und zwar in den Fachbereich Jugend und Schule. Er erkundigt sich danach, wie die Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche funktioniere und wer letztlich entscheidungsbefugt sei.

Herr Nellessen bekräftigt ebenfalls die Wichtigkeit der Beteiligung von jungen Menschen. Seine Schule, die Grundschule Am Höfling, biete seit vielen Jahren unterschiedliche Formen von Kinderpartizipation ein und sei auch an der Gründung des Kinderparlaments beteiligt gewesen.

Frau Schmitt-Promny erläutert, dass sie die Argumentation von Herrn Tillmanns hinsichtlich der Stellenverortung nachvollziehen könne. Gleichzeitig biete die gewählte Aufteilung der Stellen auf zwei Fachbereiche auch spannende Möglichkeiten. Insgesamt gehe der Ansatz gut auf die Lebenswelt junger Menschen ein. Zur Äußerung von Herrn Tillmann weist sie darauf hin, dass das Bildungsbüro eine Einrichtung für die gesamte Region Aachen sei und somit gleichermaßen auch für die Stadt Aachen.

Frau Zoworka berichtet, dass ein Großteil des vorgestellten Konzeptes und der Aktivitäten in der Schüler*innenschaft bekannt sei. Die Bezirksschüler*innenvertretung sei auch mit den Vertretungen anderer Kommunen vernetzt und es zeige sich, dass in Aachen bereits viel in Bewegung sei und die Jugendbeteiligung einen hohen Stellenwert besitze. Junge Menschen besäßen einen sehr guten Zugang zur Politik und würden erleben, dass vorgetragene Wünsche und Anregungen gehört würden. Dass die BSV als beratendes Mitglied im ASW vertreten sei, bekräftige dies. Auch wenn das bei diesem konkreten Projekt nicht der Fall sei, bittet sie künftig um Beachtung, dass junge Menschen bereits früh beteiligt und neue Konzepte nicht übergestülpt werden sollten.

Herr Brötz erläutert, dass die Verortung der Stellen in zwei Fachbereichen ein Ergebnis eines langen Abwägungsprozesses gewesen sei. Es sei zwar richtig, dass die Einbindung und Mobilisierung junger Menschen eine originäre Aufgabe des FB 45 sei. Die Verknüpfung dessen mit weiteren Projekten der Bürger*innenbeteiligung, insbesondere im politischen Geschäft, sei allerdings Aufgabe des FB 01. Schnittstellen und eine enge Zusammenarbeit hätte es insofern trotzdem gegeben. Die Aufteilung der Stellen biete aus Sicht der Verwaltung ein hohes Potenzial.

Frau Scheidt regt an, das Thema auch in einer der nächsten Sitzungen des Integrationsrates einzubringen, da dies sicherlich auch für eine Vielzahl junger Menschen mit Migrationshintergrund interessant sein könne. Frau Rejf dankt Frau Scheidt für den Vorschlag. Sie lädt Frau Alberding und Frau Rummeler daher in die nächste Sitzung am 04.06.2025 ein.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss sowie der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und befürworten die Weiterentwicklung der Jugendpartizipation in Aachen.

Zu 3 Ratsantrag: Schulsozialarbeit weiterentwickeln
geändert beschlossen
FB 45 n/0018/WP18

Herr Grundmann stellt die neu entwickelten Bemessungskriterien zur Verteilung der Schulsozialarbeit anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (s. Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem).

Frau Heider dankt Herrn Grundmann für die Ausführungen. Das Konzept zeige, dass Aachen in diesem Bereich bereits sehr gut aufgestellt sei. Sie lobt das breit gefächerte Angebot wie beispielsweise die Umfeldarbeit, sowie die gelingende Kooperation mit verschiedenen Akteuren und Professionen. Die vorgestellte Bemessungsgrundlage sei ihrer Ansicht nach ein wichtiger und sinnvoller Schritt. Die Erstellung des Konzeptes sei nachvollziehbar und transparent. Daher solle die Vorlage nicht nur zur Kenntnis genommen werden. Sie verliest einen geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen Die Grünen und SPD (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Griepentrog ergänzt, dass der Beschlussvorschlag gleichermaßen auch für den Kinder- und Jugendausschuss gelten solle.

Herr Becker schließt sich dem Dank an. Es handele sich um eine gute Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, die vorgestellte Rahmenkonzeption sei qualitativ hochwertig und trage den wachsenden, sozialen Herausforderungen in den Schulen Rechnung. Das Berechnungsmodell schaffe Transparenz und Objektivität zur Berechnung der Mehrbedarfe. Seiner Ansicht nach bestehe in Aachen ein gut ausgebautes System. Es gebe eine Vielzahl guter Projekte und Maßnahmen, die das Leben der Schülerinnen und Schüler positiv beeinflussen würden. Die zusätzlichen 3,5 Stellen seien in der Konsequenz notwendig, um an allen Schulen eine halbe Stelle Schulsozialarbeit anbieten zu können.

Herr Fischer dankt ebenfalls der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er könne dem Punkt eins des vorgelegten Beschlussvorschlages zustimmen, allerdings nicht den Punkten zwei und drei. Er merkt kritisch an, dass Grundschulen seiner Wahrnehmung nach teilweise höhere Bedarfe angemeldet hätten. Von den 36 Aachener Grundschulen würden nur vier über eine volle Stelle verfügen, die restlichen 32 nur über eine halbe. Er habe in der Vergangenheit bereits wiederholt betont, dass nicht nur die rechnerischen Ergebnisse der Personalplanung berücksichtigt werden dürften. Es sei wichtig, dass die Schulsozialarbeit eine hohe Präsenz, Kontinuität und Verlässlichkeit an den Schulen zeige. Dies sei allerdings nur dann machbar, wenn die Fachkraft jeden Tag in Vollzeit vor Ort sei. Auch wenn er die Berechnungsmethode zur Ermittlung des Bedarfes nachvollziehen könne, sei es seiner Ansicht nach zwingend notwendig, dass an jeder Grund- und weiterführenden Schule eine volle Stelle Schulsozialarbeit eingerichtet werde. Laut Vorlage hätte die Abfrage bei anderen Kommunen ergeben, dass derzeit fünf Kommunen mit einem analytischen Verfahren und 12 Kommunen mit Bedarfsmeldungen der Schulen und politischem Willen arbeiten würden. Hierfür plädiere er ebenfalls und bittet daher um getrennte Abstimmung der Punkte des Beschlussvorschlages.

Herr Szagunn erläutert, dass die Fraktion Die Zukunft den Beschlussvorschlag in den Punkten eins und zwei mittragen werde. Bei Punkt drei schlägt er vor, die Formulierung dahingehend zu konkretisieren, die Stellen auch unterjährig einzurichten und nicht bis zum nächsten Stellenplan zu warten.

Herr Tillmanns stimmt dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu. Es handele sich um eine äußerst transparente und faktenbasierte Bemessungsgrundlage, daher sei er irritiert über die Einwände von Herrn Fischer. Zudem sehe er eine unterjährige Einrichtung der Stellen als schwierig, da der aktuelle städtische Haushalt zum heutigen Zeitpunkt noch nicht von der Bezirksregierung Köln genehmigt worden sei. Er rege an, die Stellen nach regulärem Verfahren in den Stellenplan 2026 aufzunehmen, um mehr Sicherheit bei der Einrichtung zu erhalten.

Frau Muckel berichtet, dass die Berechnungsmethode auch von Seiten der Eltern positiv aufgenommen worden

sei. Sie unterstreicht die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit und bittet daher die Fraktionen, dieses Thema auf Landesebene zu transportieren, da insbesondere die Finanzierung der Stellen eine originäre Landesaufgabe darstelle.

Frau Schmitt-Promny unterstützt den Wunsch, das Thema erneut auf Landesebene zu platzieren und betont ebenfalls die besondere Bedeutung der Schulsozialarbeit. Ihrer Ansicht nach würden die bereits vorhandenen 44 Stellen – sowie die beabsichtigte Ausweitung auf 47,5 Stellen – den hohen Stellenwert der Kinder signalisieren. Sie lobt die Einbindung der Schulsozialarbeit in das gesamte Schulsystem. Ebenfalls befürworte sie die Berücksichtigung der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss als Kriterium in der Berechnungsmethode. Es müsse kritisch betrachtet werden, wie viele junge Menschen ohne Abschluss die Schule verlassen würden und somit Schwierigkeiten bei der Berufsfindung hätten. Schulsozialarbeit wirke daher ihrer Ansicht nach auch einer Armutsentwicklung entgegen.

Frau Hoffmann schließt sich dem Argument von Herrn Fischer an, dass eine hohe Präsenz der Schulsozialarbeit an den Schulen sehr wichtig sei.

Herr Rohé weist darauf hin, dass eine Orientierung an objektiven Kriterien notwendig sei. Es dürfe sich nicht dahingehend entwickeln, dass die politische Entscheidungsfindung auf Zuruf der Schulen erfolge.

Herr Fischer stellt klar, dass die Fraktion Die Linke keine Entscheidungsfindung auf Zuruf fordere, sondern vorschlage, eine volle Stelle als Grundbedarf an jeder Schule anzuerkennen. Auch wenn die Bereitstellung und Finanzierung der Schulsozialarbeit eine Landesaufgabe sei, allerdings erfülle die Landesregierung diesen Auftrag nicht. Daher müsse die Kommune diese Leistung erbringen. Die Berechnungsgrundlage sei ein guter Zwischenschritt, aber seine Fraktion werde weiter für den Ausbau eintreten.

Frau Dr. Köster bestätigt, dass die Anzahl der Gutachten von Schülerinnen und Schülern zur Schulgesundheit in den letzten Jahren angestiegen sei. Auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie bestätige einen Aufwuchs der notwendigen Therapien. Daher sei es wichtig, von Beginn an gute Arbeit zu leisten und die Kinder früh im Schulalltag zu begleiten. Sie freue sich daher über die geplanten 47,5 Stellen.

Frau Griepentrog bedankt sich für die rege Diskussion und das gute Konzept. Die Bemessungsmethode lege einen wichtigen Grundstein zur Ermittlung der Bedarfe. Hinsichtlich der Anmeldung der Mehrbedarfe müsse die Empfehlung an den Personal- und Verwaltungsausschuss weitergeleitet werden.

Sie lässt wie beantragt über alle drei Punkte getrennt abstimmen. Da es zu Punkt drei einen erweiterten Beschlussvorschlag von Herrn Szagunn gebe, wird hierüber zuerst abgestimmt.

Beschluss:

1. Der ASW und der KJA begrüßen die Konzeption zur Schulsozialarbeit und stimmen ihr zu. Das Konzept stellt die Grundlage der Schulsozialarbeit an Aachens Schulen dar.
2. Der ASW und der KJA legen die vorgeschlagene Bemessungsgrundlage als Grundlage zur Ermittlung von Bedarfen für Schulsozialarbeit fest.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den berechneten Mehrbedarf von 3,5 VZÄ in den nächsten Stellenplan aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zu Nummer 1: einstimmig beschlossen.

Zu Nummer 2:

- a) Abstimmungsergebnis des KJA: Mehrheitlich beschlossen, 1 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen
- b) Abstimmungsergebnis des ASW: Mehrheitlich beschlossen, 1 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

Zu Nummer 3:

- a) Abstimmungsergebnis des KJA: Mehrheitlich beschlossen, 1 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen
- b) Abstimmungsergebnis des ASW: Mehrheitlich beschlossen, 1 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

Anlage 1 2025_04_14_Vortrag SSA Ausschuss

Anlage 2 Beschlussvorschlag Schulsozialarbeit

**Zu 4 Sachstandsbericht zum Ratsantrag „Übungsleiterpauschalen für Sportvereine, die in Schulen Sportangebote anbieten (Pilot 2023/24)“
 vertagt
 FB 45 n/0015/WP18**

Der TOP wird zurückgestellt und in einer der kommenden Sitzungen beraten.

**Zu 5 Konzeptverfahren zur Entwicklung der städt. Grundstücke
Haaren Ortsmitte
 ungeändert beschlossen
 FB 23/0334/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Frau Giesen (Fachbereich Immobilienmanagement - FB 23), welche für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Zu dem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, die Durchführung des Konzeptverfahrens zur Vergabe der städtischen Grundstücke im Erbbaurecht mit den beschriebenen Themenschwerpunkten und Wertungskriterien zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Projekt “Urbanes Wohnen mit Kindern”- Ergebnisbericht:
 zur Kenntnis genommen
 FB 56/0598/WP18**

Die Kommission Barrierefreies Bauen hat zu dem TOP eine Stellungnahme verfasst (s. Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem).

Frau Scheidt begrüßt Frau Begaß (Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - FB 56), welche für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Frau van der Meulen bittet darum, die Beschlüsse der Kommission nach Möglichkeit früher zur Verfügung zu stellen.

Frau Scheidt erläutert, dass die Beschlüsse erst gestern bei der Verwaltung eingegangen und umgehend an die Ausschussmitglieder weitergeleitet worden seien.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung für den spannenden Bericht. Sie sei allerdings irritiert über die Aussage gewesen, dass in nur 14 % der Aachener Haushalte Kinder leben würden. Auch wenn es in Aachen eine Vielzahl an Einzelhaushalten, Haushalten älterer Menschen oder Studierenden geben würde, hätte sie die Anzahl der Haushalte mit Kindern höher eingeschätzt. Weiterhin greift sie auf, dass für Haushalte mit Kindern nicht die Quadratmeterzahl, sondern die Anzahl der Zimmer und ihre Aufteilung entscheidend sei. Dies bedeute, dass es zentral darum gehe, Familienwohnraum anders und kreativ zu gestalten.

Frau Vallot erkundigt sich danach, ob sie es richtig verstanden habe, dass in der Innenstadt vergleichsweise weniger Kinder leben würden. Dies müsse bei der weiteren Entwicklung der Innenstadt gegebenenfalls mit bedacht werden, als Beispiel benennt sie hier die Ausbauplanungen im KiTa-Bereich mit dem Projekt in der Franzstraße.

Frau Braun regt an, das gute Projekt der Schulstraßen bei der Straßenverkehrssicherheit mit zu berücksichtigen. Auch für sie sei es aus wohnungspolitischer Sicht spannend, dass der Fokus eher auf eine sinnvollere Raumaufteilung zu liegen scheine als auf eine höhere Quadratmeteranzahl. Wichtig sei es, die Stadt für Familien attraktiv zu halten, dies bedeute auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Frau Scheidt betont, dass es in der Innenstadt insbesondere an Flächen fehle, wo sich Kinder frei bewegen könnten. Auch dies trage zu einer höheren Attraktivität für Familien bei.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss und der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 7 Sachstand Maßnahmen Spielplatz Forster Weg, ISEK Beverau ungeändert beschlossen FB 36/0566/WP18

Die Kommission Barrierefreies Bauen hat zu dem TOP eine Stellungnahme verfasst (s. Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem).

Frau Scheidt begrüßt Frau Fiege (Fachbereich Klima und Umwelt - FB 36), welche für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Zu dem TOP gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der **Kinder- und Jugendausschuss** nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Aachen – Mitte die Verwaltung mit der Umsetzung der Neugestaltung des Spielplatzes Forster Weg auf Grundlage des vorliegenden Entwurfes zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 Sachstand: Maßnahmen Spiel-/Bolzplatz Schagenstraße und Entscheidung Skateanlage
 ungeändert beschlossen
 FB 36/0573/WP18**

Herr Tillmann berichtet, dass die Neugestaltung des Spielplatzes in der Schagenstraße bereits seit Längerem in der Bezirksvertretung Aachen-Brand thematisiert worden sei. Er freue sich über die mit dieser Vorlage vorgelegte Planung und die damit einhergehende Aufwertung des Platzes. Die SPD-Fraktion schließe sich der Empfehlung an die Bezirksvertretung daher gerne an. Sofern möglich, bittet er darum, die Empfehlung der Kommission Barrierefreies Bauen mit zu berücksichtigen (s. Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem).

Herr Tillmanns dankt dem Ausschuss für die Empfehlung, die er gerne in die Bezirksvertretung mitnehmen werde.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Aachen-Brand, die Verwaltung mit der Neuplanung und Umsetzung der Skateanlage auf dem Spiel-/Bolzplatz Schagenstraße nach dem vorliegenden Entwurf zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Sachstandsbericht zur geplanten Neubaumaßnahme Franzstr. – Neubau von 2 unterirdischen
 Einfeldsporthallen mit einer mind. 5-gruppigen KiTa nach Rückbau des ehemaligen Schulge-
 bäudes
 zur Kenntnis genommen
 E 26/0237/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Frau Hester (Gebäudemanagement – E 26), welche für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Frau Vallot gibt bezugnehmend auf den vorangegangenen TOP Ö 6 („Projekt „Urbanes Wohnen mit Kindern“) zu bedenken, dass in der Innenstadt besonders wenig Kinder leben würden. Daher erscheine ihr eine siebengruppige KiTa als überdimensioniert. Laut Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung für das KiTa-Jahr 2025/2026 (dem KJA vorgelegt am 11.03.2025) würde im betreffenden Sozialraum 1 eine Versorgungsquote von über 100 % für Kinder über 3 Jahren erreicht. Es bestünde somit kein Bedarf an neuen Plätzen in diesem Bereich. Selbst unter Berücksichtigung der geplanten Überführung der städtischen KiTas Händelstraße 10 (vormals Boxgraben 99) und Lochnerstraße 60 würden noch zwei neue Gruppen realisiert. Darüber hinaus befürchte sie einen starken Hol- und Bringverkehr, insbesondere der Eltern, die ihre Kinder vormals in die Lochnerstraße gebracht hätten. Auch die Besucher*innen der Turnhallen würden vermutlich teilweise mit dem Auto anreisen. Aus ihrer Sicht sei es fraglich, dass dies verkehrstechnisch gut zu regeln sei.

Herr Kaltenbach könne die im Ergebnisbericht „Urbanes Wohnen mit Kindern“ getroffene Annahme, in der Innenstadt würden wenig Kinder leben, aus seiner Wahrnehmung heraus nicht bestätigen. Hinsichtlich der Bedarfsermittlung verweist er auf die KJA-Beschlusslage, wonach die Verwaltung bei ihrer Ausbauplanung dazu legitimiert sei, die Sozialräume 1-6 – also den erweiterten Innenstadtbereich – gemeinsam als „Cluster“ zu betrachten. In diesem Bereich bestehe durchaus noch ein Ausbaubedarf. Darüber hinaus würden – wie von Frau Vallot auch richtig aufgeführt – fünf Gruppen zur Überführung von zwei Bestands-KiTs genutzt, deren Gebäude sich in einem baulich schlechten Zustand befinden würden. Somit würden lediglich zwei neue Gruppen realisiert. Zudem würde immer wieder die Notwendigkeit von sozialer Infrastruktur in der Innenstadt betont. Insbesondere im KiTa-Bereich gebe es hier nur wenige Optionen. Es handele sich um eine gute Chance, die genutzt werden sollte. Es werde angestrebt, den Hol- und Bringverkehr zu reduzieren, daher solle der Fokus der Diskussion nicht auf diesen Aspekt gelegt werden.

Frau Mendes berichtet, dass der Jugendamtselternbeirat den geplanten Neubau befürworte. Insbesondere werde die zukunftsorientierte Planung gelobt, sowohl neue Gruppen zu realisieren als auch bestehende Gruppen zu erhalten. Ob der Bedarf im Sozialraum 1 perspektivisch wieder steigen würde, könne nicht vorausgesagt werden. Allerdings bestehe derzeit gesamtstädtisch noch ein Bedarf an KiTa-Plätzen. Eine Vielzahl der Eltern würden in der Innenstadt arbeiten und einen Betreuungsplatz in der Nähe oder auf dem Weg zur Arbeitsstätte bevorzugen. Auch sie plädiere dafür, den Fokus nicht auf die Verkehrssituation zu lenken. Der Standort in der Franzstraße sei gut geeignet, um die Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bringen.

Herr Tillmann schließt sich den bisherigen Beiträgen von Herrn Kaltenbach und Frau Mendes an. Der Rückgang der Kinderzahlen solle als Antrieb genutzt werden, die Innenstadt für Familien attraktiver zu gestalten. Damit gehe einher, eine Fläche wie die Franzstraße – eine der wenigen verbleibenden in der Innenstadt – entsprechend zu nutzen. Er greift einen Aspekt aus der Planung auf, wonach die unterirdischen Turnhallen aus bautechnischen Gründen mit Stützen unterbrochen werden müssten und somit eine Nutzung als eine zusammenhängende Halle ausgeschlossen werde. Er bittet darum, nochmals zu prüfen, ob dies notwendig sei.

Frau Hester erläutert, dass die Frage nach den Stützen intensiv mit dem Fachbereich Sport (FB 52) diskutiert worden sei. In der ursprünglichen Planung seien die beiden Einfeld-Hallen mittels einer hochfahrbaren Wand getrennt worden, sodass eine Nutzung als eine große Halle möglich gewesen wäre. Allerdings gebe es besondere Anforderungen an die Tragkonstruktion der beiden Hallen. Die Außenfläche der KiTa werde auf dem Dach realisiert. Die Außenfläche werde begrünt und mit Bäumen versehen. Dies habe zur Folge, dass enormes Gewicht auf das Dach kommen werde. Um eine Nutzung als eine große Halle zu ermöglichen, hätte dies höhere Träger erfordert. In der Folge hätten die Hallen tiefer in den Boden eingelassen werden müssen. Da diese Option aber mit sehr hohen Kosten verbunden gewesen wäre, habe man sich letztlich gegen die Zusammenschaltbarkeit der Hallen entschieden zugunsten der Trägerhöhe und Konstruktion.

Frau Schmitt-Promny dankt Frau Mendes für die Einbringung der Elternsicht. Gleichwohl stelle eine so große Einrichtung sowohl auf architektonischer als auch auf pädagogischer Ebene eine besondere Herausforderung dar. Sie sei gespannt auf die Gestaltung der Räume und der Außenfläche. Besonders für jüngere Kinder seien kleinere Räume und Gruppensettings wichtig. Nichtsdestotrotz biete das Projekt einen großen Gestaltungsspielraum.

Frau Vallot gibt zu bedenken, dass für eine so große Einrichtung auch das entsprechende Personal gefunden werden müsse. Sie befürchte, dass nach Fertigstellung der KiTa nicht alle Gruppen in Betrieb gehen könnten.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss und der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 10 Montessori-Gemeinschaftsgrundschule Mataréstraße: OGS-Erweiterungsbaumaßnahme sowie Mensa - Baubeschluss ungeändert beschlossen FB 45 n/0017/WP18

Herr Fischer ist froh, dass die Baumaßnahme nun beschlossen werde. Wie in der Vorlage zu TOP 15 benannt, fehlen jedoch seit Jahren OGS-Plätze an der MGS Mataréstraße. Dies liege seiner Wahrnehmung nach vor allem an den fehlenden räumlichen Möglichkeiten. Diese Defizite würden mit der Baumaßnahme immer noch nicht ausgeglichen. Auch die Pavillons auf dem Schulgelände seien seit Jahren in einem schlechten Zustand und sollten nochmals im Hinblick auf die Abgängigkeit überprüft werden, hierfür müssten dann Alternativen gefunden werden. Gegebenenfalls könne diese Problematik im weiteren Verlauf der Maßnahme noch bedacht werden.

Frau Griepentrog merkt an, dass der Baubeschluss wie heute vorgelegt beschlossen werde und im weiteren

Prozess dann keine Anpassungen mehr vorgenommen würden.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** nimmt die Entwurfsplanung sowie die Kostenberechnung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, den Baubeschluss zu der Baumaßnahme „Erweiterung des Schulgebäudes Mataréstraße 11, 52068 Aachen“ entsprechend der Vorlage unter Vorbehalt der Rechtskraft des Haushalts 2025 zu fassen.

**Zu 11 GGS Am Höfling; Ersatz des Pavillons (Therapieflächen, Büro Schulsozialarbeit und Mehrzweckraum) - Baubeschluss
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0016/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** nimmt die Entwurfsplanung sowie die Kostenberechnung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, den Baubeschluss zu der Baumaßnahme „Ersatz des Pavillons (Therapieflächen, Büro Schulsozialarbeit und Mehrzweckraum), Am Höfling 14, 52066 Aachen“ entsprechend der Vorlage und vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2025 zu fassen.

**Zu 12 Antrag des Medien- und Kulturzentrums Philipp-Neri-Haus gemäß Pos. 40 Stadtjugendplan
auf Förderung der Anschaffung eines neuen Studiorechners
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0020/WP18**

Herr Reiners richtet seinen Dank an den Ausschuss für die Unterstützung des Philipp-Neri-Hauses.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes, dem Antrag des Medien- und Kulturzentrums Philipp-Neri-Haus auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 2.749,50 Euro zur Anschaffung eines Studiorechners stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 13 Bericht über die Anmeldezahlen an den Aachener allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2025/2026 inkl. Antrag auf Mehrklassenbildung am Anne-Frank-Gymnasium und am Einhard-Gymnasium
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0022/WP18**

Frau Heider kritisiert die beantragte Mehrklassenbildung am Anne-Frank-Gymnasium und am Einhard Gymnasium. Laut Ihrer Erinnerung habe sich die Politik vor Jahren für eine Begrenzung der Übergangsquoten in die Gymnasien ausgesprochen und eine maximal Zahl von 30 Zügen für die 5. Klassen an den Gymnasien festgelegt. Zudem würden seit Jahren viele Kinder im Verlauf der Schullaufbahn von den Gymnasien an andere Schulformen abgeschult und dies sei immer ein schlimmes Erlebnis für die Kinder und ihre Eltern. Sie sehe die Schul-

politik verantwortlich für die gesamte Aachener Schullandschaft und wenn immer mehr Kinder ein Gymnasium besuchen würden, schwäche dies gleichzeitig die anderen Schulformen in den 5. Klassen, insbesondere die Haupt- und Realschulen. Doch genau diese Schulen müssten dann im weiteren Verlauf wieder Kinder von den Gymnasien aufnehmen und würden so in den Jahrgangsstufen 7 und 8 an ihre Grenzen stoßen. Ein weiteres Argument sei, dass viele Kinder keinen Platz mehr an ihrer Wunschschule bekommen würden und auch dies sei belastend für junge Menschen. Aus ihrer Sicht sei hierbei eine gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen notwendig um alle Kinder möglichst fair auf die Aachener Schulen verteilen zu können. Die Vorlage lasse Zweifel an guten Kooperation erkennen. Durch eine Mehrklassenbildung am Anne-Frank-Gymnasium würde der Heinrich-Heine-Gesamtschule weiter geschadet, zumal es sich um zwei Schulen im selben Gebäude handele. Auch im unmittelbaren Umfeld des Einhard-Gymnasiums gebe es noch Gymnasien mit freien Kapazitäten. Es sei sehr irritierend, dass in diesen Fällen offenbar keine Umberatung der Eltern möglich gewesen sei. Zwar werde ihre Fraktion der Vorlage heute zustimmen, jedoch sei es enorm wichtig, dass die Prozesse im Anmeldeverfahren genau angeschaut und evaluiert würden. Ein entsprechender Ratsantrag sei derzeit in Erarbeitung.

Nach Auffassung von Herrn Tillmanns argumentiere Frau Heider unlogisch, da sie im Grunde gegen die Bildung von Mehrklassen sei, gleichzeitig wolle die Fraktion den Anträgen jedoch zustimmen. Die vorgetragene Begründung sei durchaus nachvollziehbar, jedoch gebe es schon lange das Spannungsfeld zwischen dem Elternwillen und dem Scheitern der Kinder an der Wahlschule. So bliebe letztendlich doch der Elternwille das entscheidende Kriterium bei der Wahl der Schule und seiner Auffassung nach wolle die GRÜNE Fraktion davon abrücken. Seine Fraktion stehe nach wie vor hinter dem Elternwunsch.

Frau Griepentrog betont, dass ihre Fraktion den Elternwillen sehr wohl ernst nehme. Jedoch würden auch rund 130 Kinder an den Gesamtschulen abgelehnt, was deutlich dafür spreche, dass es nicht genügend Schulplätze in Aachen für diesen Elternwunsch gebe.

Frau Schmitt-Promny sieht in erster Linie die Gymnasien in der Pflicht, die aufgenommenen Kinder gut durch die Schullaufbahn zu begleiten und Misserfolge möglichst zu verhindern.

Herr Rohé ergänzt, dass der Elternwunsch für eine bestimmte Schulform gelten könne, jedoch nicht für eine ganz spezielle Schule. Denn es seien schließlich an anderen Gymnasien noch freie Kapazitäten vorhanden. An den Gesamtschulen sei dies schwieriger, denn dort müssten Eltern von Brand dann an einen Schulplatz am anderen Ende der Stadt, nach Laurensberg, vermittelt werden.

Frau Muckel betont, dass es aus ihrer Sicht zwar erstrebenswert sei, den Elternwillen zu befolgen, in der Realität bekämen jedoch immer mehr Kinder keinen Schulplatz an der Schule der ersten oder zweiten Wahl. Hier bestünde demnach in jedem Fall Handlungsbedarf. Zudem sehe sie die Grundschulempfehlungen nach wie vor als sehr aussagekräftig, doch leider würden diese viel zu häufig missachtet. Und nach einer missglückten Laufbahn am Gymnasium dann einen Schulplatz an einer Realschule zu finden, sei nahe zu unmöglich. Die einzigen Möglichkeiten seien dann die Heinrich-Heine-Gesamtschule oder eine Hauptschule. Daher sehe sie auch einen hohen Nachholbedarf bei der Elterninformation vor dem Wechsel auf eine weiterführende Schule.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und genehmigt im Schuljahr 2025/2026 einmalig

1. die Bildung einer Mehrklasse am Anne-Frank-Gymnasium
2. die Bildung einer Mehrklasse am Einhard Gymnasium.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 14 Begrenzung der Zahl der in die Klasse 5 aufzunehmenden Schüler*innen gemäß § 46 Absatz 4
des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) für das Schuljahr 2025/2026
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0021/WP18**

Frau Griepentrog äußert den Wunsch, dass die Vorlage mit den Anträgen auf Absenkung der Klassenfrequenzen zukünftig bereits vor Beginn des Anmeldeverfahrens vorgelegt werden solle um den Schulen und Eltern mehr Sicherheit bei der Schulplatzvergabe geben zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und ist mit der gemäß den Vorgaben des § 46 Absatz 4 SchulG NRW beabsichtigten Begrenzung der Zahl der in die Klasse 5 aufzunehmenden Schüler*innen an der

- 4. Aachener Gesamtschule
- städtischen Gesamtschule Brand
- städtischen Maria-Montessori-Gesamtschule
- städtischen Hugo-Junkers-Realschule

einverstanden.

**Zu 15 Bedarf an Ganztagsplätzen für Kinder an Grundschulen und Förderschulen Primar im Ganztags
tag für das Schuljahr 2025-2026 in der Stadt Aachen
ungeändert beschlossen
FB 45 n/0019/WP18**

Herr Fischer merkt an, dass rund 100 Kinder noch auf Wartelisten zur OGS stehen würden. Es bestehe demnach noch Raumnot und daher regt er an, diese Räumlichkeiten noch zu schaffen. Dies sei bei dem guten Fortschritt bei der OGS noch immer ein Wermutstropfen.

Frau Schmitt-Promny betont, dass der OGS-Ausbau in Aachen sehr gut voranschreite und die Entwicklung seit Einführung der OGS bemerkenswert sei. Von Anfang an habe sich die OGS an guten pädagogischen Leitlinien orientiert. Verbesserungspotential gebe es natürlich auch noch.

Herr Fagot erläutert, dass die GGS Düppelstraße zum kommenden Schuljahr noch eine weitere OGS-Gruppe einrichten könne, da nicht alle gemeldeten Bedarfe auch tatsächlich eingetreten seien.

Frau Mendes erklärt, dass der Übergang von der KiTa in die Schule für viele Familien eine Herausforderung darstelle, die OGS-Betreuung sei für viele Eltern essentiell wichtig, da sie eine Betreuung bis in den Nachmittag schon aus der KiTa kennen und benötigen würden. Sie begrüßt es daher, wenn weitere Mittel für den Ausbau der OGS zur Verfügung gestellt würden. Sie erkundigt sich, nach welchen Kriterien Kinder einen OGS-Platz erhalten würden.

Herr Fagot berichtet, dass es verschiedene Kriterien für einen OGS-Platz geben würde, unter anderem spiele beispielsweise die Berufstätigkeit der Eltern oder der Besuch der ersten Jahrgangsstufe eine Rolle.

Beschluss:

1. Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung, die Ganztagsplätze entsprechend dem ermittelten Bedarf an Grundschulen und Förderschulen Primar im Ganztags für das Schuljahr 2025-2026 auszubauen.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur

Kenntnis. Er beschließt, die Ganztagsplätze entsprechend dem ermittelten Bedarf an Grundschulen und Förderschulen Primar im Ganztage für das Schuljahr 2025-2026 auszubauen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 16 Kita Klemensstraße 27 – Trägeranteilübernahme
 ungeändert beschlossen
 FB 54/0001/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis,
2. beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2025 die Übernahme des Trägeranteils am Einrichtungsbudget für die Kita Klemensstraße entsprechend der im Rahmen der Bedarfsplanung gemeldeten Plätze ab dem 01.01.2025, damit die Gewährung eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Aachen in Höhe von ca. 27.800,00 €/Haushaltsjahr (zzgl. jährlicher Indexierung),
3. beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss eines entsprechenden Sondervertrages mit dem Träger Gartenkinder Hangeweiher gUG.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

1. Elternbeiratsveranstaltung 08.04.25

Herr Kaldenbach berichtet von einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII für den Bereich KiTas und Kindertagespflege am 08.04.2025. Er erläutert, dass die AG § 78 aus Vertretungen der Träger der freien Jugendhilfe bestehe. Eingeladen worden seien die Elternbeiräte aller Aachener KiTas, teilgenommen hätten rund 80 Elternvertretungen. Die Träger hätten die Elternvertretungen über die aktuelle Situation in den KiTas informiert, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen und personellen Engpässen agiert werden müsse und welche Möglichkeiten zur Verfügung oder eben nicht zur Verfügung stünden. Demgegenüber hätten die Eltern Gelegenheit gehabt, Fragen zu stellen. Seiner Wahrnehmung nach habe es sich um eine gelungene Veranstaltung gehandelt. Auch wenn das grundsätzliche Problem nicht habe gelöst werden können, sei es wichtig gewesen, dass die Eltern und Träger in einen Austausch gekommen seien.

2. Veröffentlichung Ferienspielzeitung

Frau Krüger informiert darüber, dass die neue Ferienspielzeitung gedruckt worden sei. Sie werde aktuell in den Schulen verteilt und liege in den Verwaltungsgebäuden aus. Das Programm könne ab morgen auch online eingesehen werden.

3. Veranstaltung Am Kirschbäumchen 17.05.2025

Frau Krüger berichtet, dass am 17.05.2025 ab 11:00 Uhr eine Veranstaltung auf dem Abenteuerspielplatz „Am Kirschbäumchen“ stattfinden werde. Der Spielplatz werde im Rahmen des Schulfestes der Grundschule Feldstraße zu ihrem 70-jährigen Bestehen von Frau Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet. Die Einladung würden in Kürze verschickt. Es werde ein buntes und vielfältiges Kinderfest angeboten, für das leibliche Wohl werde eben-

falls gesorgt.

4. Veranstaltung 2. Speed-Networking:

Frau Rejf informiert über das bevorstehende 2. Speed-Networking des Integrationsrates am 08.05.2025 ab 17:00 Uhr im Depot Talstraße. Die Veranstaltung biete einen Rahmen, um über brisante aktuelle Themen zu sprechen.

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende
Ulla Griepentrog
Ausschussvorsitzende

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Sarah Kuchenbecker
Schriftführerin
Melanie Olbertz
Schriftführerin